

# Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 6 M., unter Eingefandt 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): i. B. Dr. phil. Friedr. Puritz.

Nr. 246

Freitag, 21. Oktober

1921

## Die Krise in der Reichsregierung.

Die politische Lage beginnt sich allmählich zu klären. Am Mittwoch haben die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei getagt. Wenn auch die Beratungen zumeist verlaulich gewesen sind, so stimmen doch die geringen Einzelheiten, die durchgesickert sind, darin überein, daß die Verhandlungen des Zentrums über das Verbleiben des Kabinetts nicht durchwegs günstig verlaufen seien. Der „Vorbericht“ verzeichnet ein in Berliner Journalistenkreisen umlaufendes Gerücht, wonach die Deutsche Volkspartei ihren von den Demokraten gewünschten Eintritt in ein umzubildendes Kabinett nicht gegen fünf Stimmen abgelehnt habe, und bemerkt dazu: „Trafen diese Nachrichten zu, was wir dahingestellt sein lassen müssen, dann wäre die innere Lage bis auf einen Punkt geklärt. Zentrum und Sozialdemokratie für Wirth, die Deutsche Volkspartei gegen Wirth. Es bliebe dann nur noch die Frage, ob sich die Demokraten für Wirth oder für die Deutsche Volkspartei entscheiden. Aber auch diese Entscheidung dürfte sich dann von selbst ergeben, da man sich bei den Demokraten nicht der Entschiedenheit verschließen wird, daß ein Fallwechsel Wirths unter solchen Umständen das innerpolitische Chaos bedeutet.“

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Gefahr einer funktlosen und unheilvollen Krise heute etwas geringer erscheint, als in den letzten Tagen.“

Wie die „P. P. M.“ erklären, hält die Sozialdemokratie an der Kandidatur Wirths fest, jedoch nicht in dem Sinne, daß die Sozialdemokratie gleichsam mit Wirth Rehe und Falke, aber doch so, daß sie seinen Rücktritt innen- und außenpolitisch für schwerwiegend ansehe. Im Zentrum und bei den Demokraten sollen nach denselben Korrespondenz starke Strömungen vorhanden sein, die eine Kandidatur des deutschen Reichsministers in Paris Dr. Weyer für den Reichsfinanzminister in den Vordergrund schieben. Dr. Weyer soll bereits vorgelagert haben und heute in Berlin eintreffen.

## Die Friedensverträge Amerikas mit Deutschland und Oesterreich.

Washington, 19. Oktober. Durch Zustimmung wird zur Ratifizierung der Friedensverträge im Senat ergänzend gemeldet: Die Verträge mit Deutschland und Oesterreich wurden mit 66 gegen 20, der Vertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen angenommen.

Washington, 19. Oktober. Bevor der Senat zur endgültigen Abstimmung über die Friedensverträge schritt, bei der eine um acht Stimmen höhere Mehrheit erzielt wurde, als zur Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, versuchten die Demokraten, an Stelle des Vertrages mit Deutschland den Versailler Vertrag mit den von Lodge vorgeschlagenen zwölf Vorbehalten zur Annahme zu bringen. Der Versuch mißglückte. Es wurden die vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagenen Vorbehalte angenommen, durch die unterjagt wird, daß die Vereinigten Staaten an der Reparationskommission oder an irgendeiner anderen internationalen Kommission ohne Zustimmung des Repräsentantenhauses sich als Mitglied beteiligen. Nach der Zustimmung des Senats zu den Friedensverträgen steht nur noch die formelle Ratifikation aus.

London, 19. Oktober. Einer Ergänzung aus Washington zufolge hat der Senat vor der Ratifikation der Verträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn mit 66 gegen 12 Stimmen einen Zusatzantrag des Senators Kay Keller abgelehnt, wonach Deutschland gezwungen werden sollte, anzuerkennen, den Krieg verschuldet zu haben.

## Zur Kartoffelversorgung.

Berlin, 19. Oktober. Bei einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Hermes abgehaltenen Besprechung wurden die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und die Preisentwicklung eingehend erörtert. Im Anschluß daran wurden Maßregeln besprochen, die geeignet sind, eine Wapfänger der Anlieferung und Einblimmung der Preise herbeizuführen.

## In Erwartung der Entscheidung.

In der oberschlesischen Frage stehen wir nunmehr unmittelbar vor der Befamngabe der Entscheidung. Nach Meldung aus Paris hat sich die Vorkonferenz am Mittwoch vormittag über das Verfahren geeinigt, wie den interessierten Regierungen die Entscheidung der Verhandlungsmächte über Oberschlesien mitgeteilt werden soll. In einer zweiten Sitzung am Nachmittag ist dann die Redaktion der Mitteilung über die Entscheidung beendet worden. Diese selbst sollte am Donnerstag nachmittag der deutschen und der polnischen Regierung zugeht werden. Die Mitteilung soll umfassen einen Begleitbrief, den Text der Entscheidung der Verbündeten und die Bestimmungen über das bei der Anwendung zu befolgende Verfahren. Die Entscheidung soll nach einer Pariser Meldung der Interalliierten Kommission in Opatow mitgeteilt und die für die Befestigung der deutsch-polnischen Grenze gebildete Kommission beauftragt worden sein, unverzüglich mit der genauen Befestigung der neuen Grenzlinie in Oberschlesien zu beginnen.

Die in Opatow erscheinende „Oberschlesische Morgenpost“ widerspricht dem jedoch und behauptet, Nachrichten von zuverlässiger Stelle hätten ergeben, daß in den Kreisen der Interalliierten Kommission weder etwas von der Entscheidung bekannt sei, noch ein Plan für die Abfertigung der Besatzungstruppen bestünde. Wie dem aber auch sein möge, jedenfalls ist mit der Befamngabe der Entscheidung für die nächsten Stunden zu rechnen. Daß sie auch bei den Sachverständigen der Interalliierten Kommission häßlichen Bedenken begegnet, ist aus folgender Meldung ersichtlich:

London, 19. Oktober. Der Sonderberichterkatter des „Daily Chronicle“ in Opatow meldet: In Opatow, am Sitz der Interalliierten Abfertigungskommission, wo sich zahlreiche Sachverständige befinden, herrscht zum großen Teil Enttäuschung und selbst Enttäuschung über die Vorschläge des Völkerbundrates zur Teilung Oberschlesiens. Man hegt die schlimmsten Befürchtungen wegen der wirtschaftlichen Folgen der Völkerbundentscheidung. Für diese Befürchtungen würden derartige Gründe angeführt, daß man die Entscheidung des Völkerbundrates nur bedauern könne. Einige Sachverständige leiten der Ansicht, daß abgesehen von der Unmöglichkeit des Völkerbundvorschlages, der Erfolg der Befestigung des Bundes davon abhängt, ob Deutschland in freundschaftlichem Sinne mitwirken wolle, was man selbst von England nicht erwarten könne, und ob die Polen bereit seien, mit dem verhassten Feinde in Freundschaft zusammenzuarbeiten. Der Berichterkatter verweist darauf, daß Polen nicht über genügende Transportmittel verfüge, um den Anforderungen, die ihm aus dem jugendlichen Gedulde erwachsen, gerecht zu werden. Außerdem würden zahlreiche deutsche Beamte und Lehret nach und nach aus dem Polen zugewiesenen Gebiete auswandern. Etwas sich vielleicht an ihrer Stelle eine beträchtliche Anzahl französischer Beamten in diesem Gebiete niederlassen werde, davon verschiedene Mitglieder der Epbeiner Kommission, so herrsche doch allgemein die Ansicht, daß das oberschlesische Industriegebiet wirtschaftlich und kulturell absterben werde.

Nicht man die Summe der zu dem Genfer Spruch vorliegenden Äußerungen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß auf keiner Seite volle Befriedigung herrscht. Material am schwersten getroffen ist selbstverständlich Deutschland, aus dessen Staatskörper ein lebenswichtiger Teil ein-

fach herausgeschnitten wird, ohne jede Rücksicht auf die Folgen. Auch Polen ist nicht ganz befriedigt, denn es hatte auf mehr gehofft. Der Warschauer „Kurier Poranny“ nennt die Tatsache, daß bezüglich der oberschlesischen Teilungslinie noch in verschiedenen Punkten Unklarheiten bestehen, vollkommen unbegreiflich, da es die Pflicht des Völkerbundes gewesen sei, den Vertreter Polens in Genf über den Verlauf sämtlicher Arbeiten genau aufzuklären, und da Polen nur unter dieser Bedingung auf Wunsch Frankreichs auf die Teilnahme an den Besprechungen des Völkerbundes verzichtet habe.

Noch bemerkenswerter ist folgende Meldung:

Königsbütte, 19. Oktober. Das Organ des polnischen obersten Volksrates, der „Czerwony Kaktus“, weiß aus Pariser politischen Kreisen mitzuteilen, man hege dort die Ansicht, Polen werde bezüglich der Befugnisse der wirtschaftlichen Kommission für Oberschlesien in zwei Punkten Einspruch erheben, nämlich gegen die 15 jährige Dauer der Tätigkeit der Kommission und gegen das Recht der Kommission, sich in die Angelegenheiten der sozialen Arbeitergesetzgebung einzumischen.

Diese Meldung ruft die Erinnerung daran wach, daß der diplomatische Berichterstatter der Londoner „Daily News“ vor wenigen Tagen schrieb, wenn Deutschland oder Polen sich weigern sollte, den über den Versailler Vertrag hinausgehenden Bestimmungen der Entscheidung über Oberschlesien zuzustimmen, so werde sich der Oberste Rat vielleicht gezwungen sehen, die territoriale Entscheidung zugunsten des anderen Landes abzuändern. Man darf gespannt darauf sein, ob der Oberste Rat die sich nicht nur auf Deutschland gemünzte Drohung auch in die Tat umsetzen wird, wenn nicht Polen, sondern Deutschland dadurch günstiger wegkäme.

Daß man sich mit der Frage in den Kreisen der Entente bereits beschäftigt hat, läßt folgende Meldung erkennen:

Paris, 19. Oktober. Die „Petit Parisien“ meldet, wird die Lösung der Vorkonferenz in der oberschlesischen Frage morgen veröffentlicht werden zugleich mit dem Text der Empfehlungen des Völkerbundrates. Das Blatt schreibt, daß man entschieden habe, sofort die Grenzfestlegungsarbeiten vorzunehmen, ohne zu warten, bis man sich zuvor über die vorgeesehenen wirtschaftlichen Maßnahmen geeinigt hat. Die interalliierte Verwaltung in Opatow werde erst zu Ende gehen an dem Tage, an dem die wirtschaftlichen Kompenationen ausgeführt worden seien. Die Mitteilung der Vorkonferenz erklärt ferner, im Falle die eine oder die andere Partei sich weigern sollte, die vorgeesehenen wirtschaftlichen Abmachungen anzuerkennen, seien die Mächte sich einig geworden über Zwangsmaßnahmen. Man glaube zu wissen, daß es sich nicht nur um eine Drohung handle, sondern daß man sich jetzt schon über die Mittel, die anzuwenden seien, geeinigt habe.

Schließlich sei noch folgende Meldung verzeichnet, die zwar aus polnischer Quelle stammt und deshalb mit Vorsicht aufzunehmen ist, die aber, wenn sie sich bewahrheitet, ein sehr bedeutsames Licht auf die Stimmung der Bevölkerung in Oberschlesien wirft:

Frankfurt, 20. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Wie die Polnische Telegraphenagentur aus Kattowitz meldet, hat General Land verhärtete Klarmbereitschaft der interalliierten Truppen im ganzen Industriegebiet verfügt, da an einigen Orten Unruhen vorgekommen sind.

## Die Politik der baltischen Staaten.

Riga, 19. Oktober. Gestern wurde hier der Kongreß der Sozialisten Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens eröffnet, auf dem gemeinsame Richtlinien für die äußere Politik der baltischen Staaten erörtert werden. In Anbetracht des ablehnenden Verhaltens der baltischen Sozialisten zu den französisch-polnischen Vorschlägen, die Verhandlungen gegen Deutschland und Rußland aufzuheben, verdient die Zusammenkunft allgemeine Beachtung.

## Die Jahresklassen des französischen Heeres.

Paris, 19. Oktober. Einer Havasmeldung zufolge werden die Jahresklassen des französischen Heeres sich am 1. Oktober wie folgt verteilen: Aktives Heer Jahresklassen 1921 bis 1922, Reservisten des aktiven Heeres Jahresklassen 1908 bis 1919, Territorialarmee Jahresklassen 1901 bis 1907, Reservisten der territorialen Armee Jahresklassen 1894 bis 1900.

## Wie sieht es um die Reichssteuerbehörden?

Von Regierungsrat Dr. Fiedler, Dresden.

Wir bringen den nachfolgenden Aufsatz zum Abdruck, ohne uns mit seinem Inhalt identifizieren zu wollen. Wir möchten ihn aber mit Rücksicht auf die Stelle, von der aus er uns zugegangen ist, der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, da er immerhin zur Klärung der Sachlage beitragen dürfte.

Die Schriftleitung.

Die Tätigkeit der Reichssteuerbehörden ist in letzter Zeit wiederholt Gegenstand eingehender Kritik gewesen. Nachdem im Landtag nicht nur von einzelnen Abgeordneten die Leistungsfähigkeit der Reichssteuerbehörden abfällig beurteilt, sondern auch von Seiten eines Regierungsmitgliedes von einem „vollständigen Versagen des neuen Steuererhebungsapparates“ gesprochen worden ist, sind neuerdings ähnliche Behauptungen bei den Verhandlungen des sächsischen Gemeindevotages in Chemnitz aufgestellt worden. Dort ist u. a. erklärt worden, daß in dem Versagen der Reichssteuerbehörden eine der schwerwiegendsten Ursachen der Finanznot der Gemeinden zu erblicken sei. Ferner ist in Notizen, die durch die Dresdener Presse gegangen sind, ausgeführt worden, daß der Steuerwirtschwand, der durch die „übertriebene Außerkräftigung der alten Steuererhebungsbehörden“ verursacht worden sei, immer größer werde, und daß daher wohl nichts anderes übrig bleibe dürfte, als wieder zu den gut eingestellten alten Behörden zurückzugreifen. In allerletzter Zeit sind sogar Äußerungen wie „Vollstreckung der Reichssteuerverwaltung“ gefallen, auch ist den Steuerbehörden „Sabotage“ vorgeworfen worden.

Bei dem außerordentlichen Interesse, das die Allgemeinheit naturgemäß jetzt mehr denn je an einer gerechten und gleichmäßigen Verwaltung der Steuern hat, und bei der Schwere der Angriffe erscheint es wohl am Platze, einmal näher auf die gegen die Reichssteuerbehörden gerichteten Beschwerden einzugehen und zu prüfen, ob diese scharfe Kritik wirklich berechtigt ist, worin die Ursachen der Schwierigkeiten liegen, mit denen die Reichssteuerbehörden tatsächlich zu kämpfen haben, und ob etwa die alten sächsischen Steuerbehörden ein besseres Ergebnis bei der Steuererhebung erzielt hätten.

Es würde zu weit führen, die naheliegende Frage, ob es überhaupt zweckmäßig und notwendig war, eine reichsweite Steuerverwaltung einzurichten, einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. Diese Frage ist bekanntlich sehr umstritten gewesen und wird auch jetzt noch je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie, insbesondere in politischer Beziehung, beurteilt, verschieden beantwortet. Nur das Eine sei hervorgehoben: gerade bei den direkten Steuern ist eine gleichmäßige Handhabung der Steuererhebung bei der Betanlagung die erste Voraussetzung für eine möglichst gerechte Verteilung der Steuerlasten. Daß eine solche Verteilung am besten durch eine einheitliche, von einer Zentralstelle nach einheitlichen Grundsätzen geleitete, sich aber das ganze Reich erstreckende Steuerverwaltung erzielt werden kann, liegt auf der Hand; denn die verschiedene Beurteilung von Zweifelsfragen, die sich gerade bei den direkten Steuern häufig ergeben, und die Möglichkeit einer verschiedenartigen Handhabung der Gesetze würden bei einer Mehrheit von Steuerverwaltungen, wie sie bisher bestanden hat, unvermeidlich sein.

Wie ist nun die Reichssteuerverwaltung aufgebaut worden? Wer ohne eigene nähere Kenntnis der Verhältnisse von einer „übertriebenen Außerkräftigung der alten Steuererhebungsbehörden“ sprechen darf, muß auf den Gedanken kommen, daß die preussischen und gemeindlichen Organisationen kurzerhand beseitigt und an deren Stelle gewissermaßen aus dem Nichts von Grund auf eine neue Steuerverwaltung geschaffen worden wäre. Dies ist natürlich nicht der Fall gewesen. Die Reichssteuerverwaltung ist vielmehr im engen Zusammenhang mit den bereits bestehenden Organisationen aufgebaut worden. In Sachsen sind nicht nur die unteren und mittleren Steuerbehörden, die Bezirksteuererhebungen, die Haupt-